Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 319. Dienstag den 15. November 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nach der heute erfolgten Zusammenstellung des Ergebnisses der engeren Wahl zum Reichstage in den 51 Bezirken des XII. Wahlkreises ist

Herr Vicebürgermeister a. D. Dr. jur. Stephani in Leipzig

mit 11,863 Stimmen von 21,684 gültigen Stimmen als Reichstagsabgeordneter gewählt, und wird solches nach §. 27, Absatz 2 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes hiermit bekannt gemacht.

Leipzig, am 14. November 1881.

Der Wahlcommissar des XII. Sächsischen Wahlkreises.
Dr. Trendlin

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß wir Herrn Klempnermeister **Louis Miethe** (Gas- und Wassertechniker) hier Erlaubniß zur Ausführung von Klär- und Desinfections-Anlagen für Gruben nach Maßgabe des dem gemischten Gesundheitsausschusse vorgelegenen und von demselben genehmigten Projectes zu ertheilen beschlossen haben.

Leipzig, den 10. November 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilisch, AS.

Auction.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier (Eingang Mühlgasse Nr. 7)

Mittwoch, den 16. November a. c.,
Vorm. von 9 Uhr an,

verschiedene Nachlaßgegenstände, als: Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten, Kleidungsstücke, 2 Paar goldene Ohrringe u. s. w. meistbietend gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 9. November 1881.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Jungklähnel.

Sitzung des ärztlichen Bezirks-Vereins der Stadt Leipzig

Dienstag, den 15. November, Abends 6 Uhr im Saale der Ersten Bürgerschule.

Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für Standesangelegenheiten über: 1) Antrag des Centralausschusses der Berliner Bezirksvereine betr. den Beitritt zu einer von ihm an den Reichskanzler gegen das Selbstdispensiren der Homöopathen gerichteten Petition (Aerztl. Vereins-Blatt No. 110, Seite 118). — 2) Die vom Hrn. Generalarzt Dr. Hoffmann in Karlsruhe ausgearbeitete und vom Geschäftsausschusse des deutschen Aerztevereinsbundes zur Berathung gestellte deutsche Aerzteordnung (Aerztl. Vereins-Blatt Octbr. 1881, No. 114, Seite 239). — Die Mitglieder werden ersucht, die betr. Nummern des Vereins-Blattes zur Sitzung mitzubringen.

Dr. Ploss.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden allhier erstatteter Anzeige zufolge:

1) drei buntfarbige **Enten**, aus einem Stalle im Grundstück Magnitzer Straße 46, am 4. d. M. Nachm.;

2) ein **Portemonnaie** von schwarzem Leder mit Stahlbügel, enthaltend ca. 8 ℳ, in einem Fünfmarkscheine, einem Zweimarkstücke und kleiner Münze, sowie ein **Pfandschein** über ein Sparbuch, mittelst **Taschendiebstahls** in einem Gastlocale in Nr. 23 der Sternwartenstraße, am 6. d. M. Abends;

3) ein weißer **Billardball** von Elfenbein und ein ebensolcher von rothem Hartgummi, aus einem gleichen Locale in Nr. 4 der Eisenbahnstraße, vom 6. bis 7. d. M.;

4) ein **Mannshemd** von graumelirtem Sommerstoff, mit einer Reihe Knöpfen und schwarzem Wollatlasfutter (kenntlich an einigen Fettflecken im Schooße), aus einem Parterrelocal in Nr. 10 der Katharinenstraße, am 7. d. Mts.;

5) ein **Ueberzieher** von dunkelblauem Rotinö, mit zwei Reihen Knöpfen, Sammetkragen, schwarzem Wollatlasfutter und Lederbesatz, mit dem Namen „Zache, Leipzig", — in den Taschen befand sich ein schwarz, gelb und weißgestreiftes seidenes **Halstuch**, ein Paar schwarze **Glacéhandschuhe**, ein Paar grüne wollene **dergleichen** und eine **Cigarrenspitze** von Weichselholz mit Bernsteinmundstück —, aus dem Tanzsaal in der Tonhalle am nämlichen Tage Abends;

6) ein **Schraubstock** mit Spindel und zwei **Schneidekluppen**, aus einem Neubau an der Schenkendorfstraße, in der Zeit vom 5. bis 8. d. Mts.;

7) ein grauwollenes **Mannshemd** mit rothen Bündchen an den Aermeln, fast neu, ein weißleinenes **desgleichen**, ein weißes **Vorhemdchen** und ein roth und weißgebautes **Taschentuch**, aus einem Pferdestalle in Nr. 26 der Gerberstraße, am 8. d. M. Nachm.;

8) ein **Winterüberzieher** von dunkelblauem Stoffe, mit schwarzem Sammetkragen, zwei Reihen Knöpfen, Seitentaschen mit Patten, schwarz- und weißgestreiftem Aermelfutter und schwarzem Wollatlasfutter im Schooß, — in den Taschen befand sich ein weißleinenes **Taschentuch**, grz. B, ein ebensolches, grz. D. K., ein rothbaumwollenes **dergleichen** und ein Paar mildlederne **Handschuhe** — aus dem Vorsaal eines Geschäftslocales in Nr. 4 der Pockhofstraße zu derselben Zeit;

9) ein eisernes **Gewicht**, welches an einer Thüre im Grundstück Nr. 1 der Kohlenstraße angebracht gewesen ist, am gleichen Tage Abends;

10) eine blauwollene gewirkte **Unterjacke** mit zwei Reihen Hornknöpfen, von der Außenseite eines Geschäftslocals in Nr. 43 der Waldstraße, am 9. d. M.;

11) ein **Portemonnaie** von schwarzem Leder, mit Stahlbügel, enthaltend ca. 66 ℳ, in einer Krone, zwei Fünfmarkstücken, fünf Thalern, vier Zweimarkstücken und div. Münze, aus der Fleischhalle am Plauenschen Platze, am 10. d. M. Vormittags;

12) ein ebensolches mit Klappe und goldenen Schlößchen, enthaltend ca. 5 ℳ, in zwei Zweimarkstücken und kleiner Münze, mittelst **Taschendiebstahls** in der Grimmaischen Straße, am gleichen Tage Nachmittags;

13) eine silberne **Cylinderuhr** mit Secunde und auf der Rückseite das Bäckerinnungszeichen (eine Brezel gehalten von 2 Löwen) eingravirt, nebst kurzer **Talmikette**, aus einem Sexterrainlocale in Nr. 9 der Südstraße, zu derselben Zeit;

14) ein schwarzwollener **Regenschirm** mit dunklem Stab und unterhalb des Griffs einem Stäbchen, aus einem Wartesaal im Dresdner Bahnhof, zu gleicher Zeit;

15) ein Paar rindlederne **Halbstiefeln** mit Doppelsohlen und Eisen auf den Absätzen, aus einer Kellerabtheilung des Neubaues Lange Straße Nr. 27, am 25. v. Mts.;

16) eine Quantität **Steinkohlen**, ungefähr 8 Centner, eine Partie **Kartoffeln, Kohlrüben und Möhren**, mittelst Nachschlüssels aus einer Kellerabtheilung in Nr. 15b der Albertstraße, im Laufe der letztvergangenen 4 Wochen;

17) ein **Frauenmantel** von blaugedrucktem baumwollenen Zeuge, mit roth und schwarz gestreiftem wollenen Futter, aus einem Wagen, welcher vor dem Grundstücke Frankfurter Straße Nr. 34 gestanden hat, am 12. d. M.;

18) eine **Geldsumme** von **350 ℳ**, in neun Doppelkronen, Kronen, Thalern, Mark- und Fünfzigpfennigstücken, aus einer Schlafstube in Nr. 38 der Gerberstraße, vom 11. bis 12. d. M.;

19) ein Paar **Beinkleider** von schwarzem Tricotstoff, ferner sieben div. **Bücher** und zwar: **Grillparzer's Gedichte**, mit dunkelbraunem Lederrücken, der **Talisman**, von Bazel, in braunleinenem Einband, **Italienisches Seebuch**, Wörterbuch der **deutsch-französischen Sprache**, Handbuch der **italienischen Sprache**, Taschen-Wörterbuch der **französischen, englischen** und **russischen Sprache** und **Portius, Schachspielkunst**, sämmtliche Bücher tragen den Namen F. L. Heilmann, aus einer Wohnung in Nr. 2 der Reichsstraße, in der Zeit vom 1. bis 13. d. M.;

20) ein **Winterüberzieher** von schwarzem gerieften Stoffe, mit zwei Reihen Knöpfen, schwarz und weiß carrirtem Futter und Lederbesatz, auf welchem der Name A. Laubhaimer, Ulm, aufgedruckt ist, aus einem Gastlocale in Nr. 61 am Grimmaschen Steinwege, am 13. d. M. Abends.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Sachen oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 14. November 1881.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder. Kunschke.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 15. November.

Ueber das Cabinet Gambetta's verlautet noch immer nichts Zuverlässiges; sein Ministerium war bis zur Stunde noch nicht gebildet. Die unerwarteten Schwierigkeiten, auf welche Gambetta gestoßen, werden in Paris für ihn nicht günstig ausgelegt, obgleich das Publicum eher neugierig als beunruhigt ist. Der Abschluß der Verhandlungen kann übrigens jeden Augenblick erfolgen. In Betreff der neuen Ministerposten sieht man einiger Ueberraschungen entgegen. Die Weigerung Ferry's und Say's, in das neue Ministerium einzutreten, scheint sich zu bestätigen. Die Uebernahme des Auswärtigen Amtes durch Freycinet darf als gesichert betrachtet werden; Herr von St. Vallier bleibt als Botschafter in Berlin.

Die französische Politik wird also nunmehr nach innen und nach außen auf Gambetta's Namen und auf seine Verantwortung vor sich gehen. Der harte Kampf, den der Abgeordnete von Belleville um sein Mandat zu bestehen hatte, hat an seinem Einflusse nichts vermindert und seiner Popularität nicht Abbruch zu thun vermocht. Zur Zeit feiert er Triumphe seiner Macht und man mag hoffen, daß ihn diese Triumphe nicht, wie so viele seiner Vorgänger, zur Selbstüberschätzung verführen, daß aus dem seitherigen kühlen Rechner nicht ein unbesonnener Abenteurer werde. Darüber mag die Zukunft entscheiden.

Die Siege Gambetta's sind unblutige Siege; er hat sich seine Machtstellung weder mit dem Schwerte noch durch irgend einen Staatsstreich, sondern auf dem gesetzlichen, parlamentarischen Boden mit seiner Beredsamkeit erkämpft. Eine solche Laufbahn hat schon insofern etwas Ehrenvolles, als sie von dem Talente und dem Muthe Dessen, der sie zurückgelegt, ein nicht anzuzweifelndes Zeugniß ablegt; sie hat aber auch den Vortheil, dem Land nichts zu kosten und ihm keine Opfer aufzuerlegen. Die Napoleone kosteten Frankreich viel Blut und Geld, ehe sie zur Herrschaft emporklimmen konnten. Die Regierung Gambetta legt dem Lande keine außerordentlichen Opfer auf. Und man muß gestehen, daß Gambetta mit Mäßigung von seiner Gewalt Gebrauch macht. Um selbst zur Ministerpräsidentschaft zu gelangen, mußte er das Cabinet Ferry beseitigen. Er that es allerdings, aber er that es nicht in feindseliger Weise, und die Mitglieder des Cabinets Ferry sind von ihrem Posten abgetreten mit dem Bewußtsein, unter der Herrschaft Gambetta's eben so regierungsfähig zu sein wie zuvor. Durch sein überlegenes Eingreifen in die verworrene Debatte über die tunesische Angelegenheit hat Gambetta dem Ministerium Ferry einen ehrenvollen Rückzug bereitet.

Wir zweifeln nicht daran, daß Gambetta als Ministerpräsident mit Einsicht und Kraft regieren wird; aber ob er im Stande sein wird, den vielen das Land bewegenden Conflicten nicht nur zu widerstehen, sondern sie auch zu beherrschen, das ist eine andere Frage. Und doch hängt die ganze Zukunft Gambetta's davon ab.

Man weiß, daß der Ehrgeiz Gambetta's mit dem Präsidium im Ministerrathe noch lange nicht befriedigt ist. Ursprünglich steuerte er wohl direct auf die Präsidentschaft der Republik zu; allein er sah bald, daß junge Leute nur in stürmischen Zeiten sich zu solchen Posten emporschwingen können; zur Zeit der Ruhe giebt man dem besonnenen Alter den Vorzug. So hatte Gambetta keine Wahl, als seine Macht in der Form eines Cabinetspräsidiums zu organisiren, oder noch zu warten und seine bisherige Rolle fortzusetzen. Da das Letztere ihm hätte nachtheilig werden können, so entschloß er sich, die Regierung zu übernehmen. Wenn er von der Kammer einmal im Stich gelassen, wenn das Ministerium Gambetta gleich so vielen Vorgängern eines Tages durch ein Majoritätsvotum gestürzt werden sollte, dann wäre Gambetta verbraucht und der Weg zur Präsidentschaft der Republik wäre für ihn verschlossen.

Es hängt also nicht nur das neue Ministerium, sondern die ganze Zukunft Gambetta's davon ab, wie nunmehr regiert wird. Möge Gambetta eines seiner besten Worte verwirklichen und sich auf keine Politik der Abenteuer einlassen!

Der allmächtige Führer der Centrumsleute oder richtiger der Reichsverderber, Herr Windthorst, hat am 6. d. M. in Bochum in einer Volksversammlung der Centrumspartei eine Rede gehalten, die in Bezug auf die allgemeine politische Lage von hervorragender Bedeutung ist. Sie zeigt, wie sich unser öffentliches Leben im Kopfe des ultramontanen Parteiführers abspiegelt; sie läßt ganz genau erkennen, wie hoch die Hoffnungen und Ansprüche dieser von Rom aus gegängelten Partei durch den dem Centrum so günstigen Ausfall der Wahlen sich verstiegen haben.

Windthorst bemerkte zwar: wenn die Anwesenden glaubten, daß sie bei der augenblicklichen günstigen Stellung des Centrums über die politische Lage viel Auskunft erhalten würden, so bedaure er sehr, daß sie nicht viel zu hören bekommen würden, denn keine Armee verrathe ihren Operationsplan vor der Schlacht dem feindlichen Lager. Aber die Polemik, die er führte, verrieth nur zu deutlich, welche Gegner er unter dem feindlichen Lager verstand. Den Dr. Löwe, den er bei der Stichwahl verdrängen wollte, um dem Centrumsmann v. Schorlemer-Alst Platz zu machen, griff er an, aber der Liberalismus, die preußische Regierung und der preußische Staat waren es, die er eigentlich bekämpfte.

Was Windthorst dem Dr. Löwe vorwirft, faßt er in dem Satz zusammen, daß Dieser den Staat für omnipotent, für allgewaltig, halte; die Lehre von der Staatsomnipotenz, auf deren Grund Löwe allen Culturkampfsgesetzen zugestimmt habe, vernichte aber jegliches göttliche und natürliche Recht, stelle alles verbriefte und verbürgte menschliche Recht in Frage und morde alle Freiheit. Es fällt natürlich keinem vernünftigen Menschen ein, sich den Staat in diesem Sinne allmächtig zu denken. Aber der Zweck heiligt ja das Mittel. Was Windthorst in der angeblichen Allgewalt des Staates bekämpft, ist nichts Anderes als der moderne Staat, wie er in allen civilisirten Ländern der Welt, auch in Preußen, zur Ausprägung gelangt ist. Dieser moderne Staat hält sich allerdings für ebenso befugt wie verpflichtet, alle auf seinem Gebiet vorhandenen Gebilde, also auch die Kirche, seinem Einflusse zu unterziehen und vor Allem sein Hoheitsrecht über dieselben geltend zu machen, während Windthorst für die „heilige" Kirche nicht blos volle Freiheit in Anspruch nimmt, sondern den Staat sogar durch sie beherrscht wissen will. Hinc illae lacrymae; daher der Lärm!

Genug, Windthorst behauptet, das Centrum kämpfe gegen die Allgewalt des Staates. Der Blick auf das bei den Wahlen aufgeführte „gregarige Schauspiel", 15 Millionen Katholiken (darunter thut er es nun einmal nicht) einig zu sehen im Widerstande gegen die Wege einer Gesetzgebung, die Staat und Gesellschaft zum Verderben gereichten, versetzt ihn in förmliche Begeisterung. Er weiß nicht genug zu rühmen, wie viel in den sieben Jahren des Culturkampfes schon erreicht sei, und meint, wenn das so fortgehe, so hoffe er nach weiteren sieben Jahren in der Majorität im Reichstage zu sitzen.

Aber sein Auge ist nicht blos auf die Zukunft gerichtet, er denkt auch an die Gegenwart. Und nun erhebt er für seine Partei Ansprüche, wie sie bisher aus dem Munde eines ultramontanen Parteiführers noch nie vernommen worden sind. Es ist der Mühe werth, diesen Theil der Windthorst'schen Rede nach dem Bericht der „Germania", des leitenden Berliner Jesuitenblattes, wörtlich mitzutheilen. Darnach sagte er:

Die Staatsbürger jeder Confession sind gleichberechtigt in Bezug auf den Antheil an der Regierung und Verwaltung des Staates; Geschichte, völkerrechtliche Verträge und feierliches Fürstenwort garantiren diese staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Wir haben dasselbe Recht mitzuregieren und je nach Verhältniß zu allen Stellungen, vom Minister bis zum letzten Polizeidiener in Bochum, dieses Contingent zu stellen. Es wird hohe Zeit, daß alle Katholiken die Nothwendigkeit der Emancipation auf kirchlichem, politischem, communalem und socialem Gebiete begreifen. Halten wir stets fest an der Ueberzeugung, daß wir überall vollständig gleich berechtigt sind und erbitten wir nicht als Gnade, was uns als Recht gebührt. Wenn man schluckerhaft erbittet, was Einem als Recht zukommt, dann schwillt dem Andern der Kamm, und beuerend gekrächzt wird nur Der, der gekrächzt sein will.

Klingt Das nicht ganz so, als ob Windthorst schon vorher gewußt hätte, daß Fürst Bismarck zwei Tage nachher der Welt ankündigen würde, er werde dem Kaiser eine Umgestaltung der Regierung anrathen, um dieselbe fortan in Uebereinstimmung mit dem Centrum zu führen? Jedenfalls lassen uns die obigen dreisten und drohenden Worte ahnen, welche gewaltigen Veränderungen man von einem conservativ-klerikalen Ministerium, von der römisch-katholisch-feudalen Verbrüderung, zu erwarten hätte. Die Katholiken sollen ja „emancipirt", d. h. aus Sklaven zu Freien gemacht werden, denn bisher wurden sie ja, wie Windthorst schon auf der Bonner Katholikenversammlung sagte, wie „Parias" behandelt.

Die Feststellung des Textes der Thronrede erfolgt herkömmlicher Weise erst einen oder zwei Tage vor der Eröffnung des Reichstages. Daß dieses Mal von diesem Gebrauch nicht abgewichen werden wird, dafür bürgt schon die Verworrenheit der Lage, welche erst durch das persönliche Dazwischentreten des Kaisers ihre Klärung erhalten soll. Ziemlich allgemein begegnet man der Annahme, daß eine Thronrede „im großen Stil", d. h. eine leitende Programmerklärung über die Politik, welche die Regierung einschlagen wolle, nicht zu erwarten stehe. Es würde Das auch kaum auffällig gefunden werden können angesichts des wirklich recht beschränkten und politisch fast unbedeutenden Arbeitsmaterials, welches nach den bisherigen Ankündigungen den Inhalt der bevorstehenden Sitzung bilden wird. Und warum sollte sich Fürst Bismarck jetzt schon für eine Politik, die ihm am letzten Ende doch eigentlich zuwider sein muß, nämlich für ein Zusammengehen mit dem Centrum, verbindlich machen, während durch zurückhaltende Gleichgiltigkeit seine Stellung nur gebessert, diejenige der Ultramontanen aber nur verschlechtert werden kann? Die Centrumsführer mit ihren feinen Spürnasen wissen recht gut, daß die Zeichen der Zeit ihnen wahrlich nicht günstig sind, und daß durch ein unvorhergesehenes Ereigniß für sie die Gelegenheit unwiederbringlich verloren ist, die Ernte des Culturfriedens (wie sie Dieselben verstehen) unter Dach und Fach zu bringen. Auch bilden sie mit nichten eine bloße Partei der Verneinung, sondern sie haben recht reale Anliegen, mit deren Erfüllung sie nicht warten wollen, so laut sie ihre Unüberwindlichkeit verkünden mögen. Wenn selbst die „Germania" sich zu einer Aenderung der Firma verstehen will und der Regierung gegenüber mit dem Versprechen einer Umwandlung des Centrums in eine wirklich conservative Partei kokettirt, so hat das mit dem Eingeständniß, in eine Sackgasse gerathen zu sein, die allerverzweifeltste Aehnlichkeit. Denn an dem Tage, wo das Centrum seinen Charakter als katholische Partei aufgeben wollte, wäre sein Zerfall durch das Anschwenken der liberalen Elemente aus dem Westen und der particularistischen Gefolgschaft aus dem Süden besiegelt. Wohin man auch blickt, so ist überall die politische Lage von einer Gespanntheit und Zerfahrenheit wie noch nie.

Zur parlamentarischen Lage wird noch der „Tribüne" geschrieben:

Nachdem das letzte Unwohlsein, von dem Seine Majestät der Kaiser befallen worden, sich erfreulicherweise schnell wieder gehoben hat, scheint es jetzt festzustehen, daß der Reichstag am 4. den Kaiser in Person eröffnet werden wird. Die vom Reichskanzler concipirte Thronrede, deren Entwurf Staatsminister Bötticher von Varzin mitbrachte, soll auch einen Passus über den Ausfall der Wahlen enthalten. Man glaubt, daß aus geschäftlichen Rücksichten (zumal weil das Ergebniß der letzten Nachwahlen erst am 18. amtlich verkündet wird) die Präsidentenwahl im Reichstage erst am Montag, den 21., stattfinden dürfte. Im Bureau des Reichstages sind bereits, wie verschiedene Blätter mittheilen, die ersten Beschwerden wegen Wahlbeeinflussungen, eingelaufen, welche namentlich in Preußen noch nie zuvor so zahlreich wie bei den jetzigen Wahlen festzustellen waren.

Nach einer Berliner Correspondenz der „Allgemeinen Zeitung" ist die Auffassung, daß es dem Reichskanzler auch mit der neuesten Rücktrittsdrohung nicht ernst sei, allgemein verbreitet, und man frage sich nur noch, was Fürst Bismarck mit dieser Drohung bezwecke und was sich dahinter verberge. Die Antwort darauf falle jedoch sehr verschiedenartig aus. Es herrsche selbst in sonst wohlunterrichteten Kreisen völlige Unsicherheit über die eigentliche Stellung des Reichskanzlers zu der durch die Wahlen geschaffenen Lage. Auch die Rückkehr des Staatssecretairs v. Bötticher scheine wenig Aufklärung gebracht zu haben. Am wahrscheinlichsten klinge immer noch die Annahme, daß der Reichskanzler mit seinem Entlassungsgesuch die Auflösung des Reichstags habe einleiten wollen. Indessen sprächen verschiedene Anzeichen dafür, daß dieser Gedanke, wenn auch vielleicht in der ersten Erregung gefaßt, bereits wieder fallen gelassen ist. — Bezüglich des neuen Reichstagspräsidiums bahnt sich zwischen Conservativen und Centrum eine Verständigung an, wonach der Abg. v. Levetzow, Landesdirector von Brandenburg, zum Präsidenten und Frhr. v. Franckenstein zum ersten Vicepräsidenten gewählt werden soll; die zweite Vicepräsidentenstelle würde alsdann den Liberalen überlassen werden. Es wird jedoch als feststehend betrachtet, daß die letzteren mit dieser Betheiligung am Präsidium nicht zufrieden sein, sondern, wie auch in der letzten Session, vorziehen würden, im Präsidium lieber unvertreten zu bleiben.

Wenn die „N. A. Z." den Stimmenfang anläßlich der Berliner Stichwahl mit dem stärksten Mittel, nämlich mit dem nur schlecht verhüllten Versprechen einer Aufhebung des Ausnahmegesetzes, betreiben zu müssen glaubt, so kann es ihr und ihren Hintermännern leicht genug geschehen, daß sie im Reichstage beim Worte genommen werden. Zur Ehre der Hintermänner des genannten Organs muß man freilich annehmen, daß der Leitartikel vom 12. November auf das Conto allerpersönlichsten Ungeschicks der „N. A. Z." zu setzen ist. Denn die Unterstellung, daß die Liberalen Diejenigen wären, die sich mit dem Ausnahmegesetz am meisten zufrieden erklärten und die vor dessen Aufhebung sich fürchteten, ist zu sonderbar, als daß man sie für einen durch den guten Glauben entschuldbaren Irrthum halten könnte — abgesehen davon, daß sie den Thatsachen bei Entstehung des Socialistengesetzes schnurstracks entgegenläuft. Ob nun aber die „N. A. Z." mit oder ohne Auftrag gehandelt hat, so sollte doch niemals vergessen werden, daß sie durch übereinstimmende Handlungen ihr Einverständniß mit der sinnlosen Politik der sog. Conservativen Berlins bekundet und zur Wahl der Socialdemokraten gegen ihre fortschrittlichen Gegencandidaten aufgefordert hat. Diese Leute scheint es in ihrem tollen Haß gegen den Liberalismus gar nicht zu kümmern, daß sie durch die Unterstützung der socialistischen Partei sich selber den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Was aber die Lockungen mit der Beseitigung der Ausnahmemaßregeln angeht, so wird man sich im reactionairen Lager nicht wundern dürfen, wenn die socialdemokratischen Abgeordneten sich als recht unbequeme Mahner und Dränger erweisen. Uns geht die verbürgte Nachricht zu, daß von jener Seite alsbald ein Antrag auf Aufhebung des Socialistengesetzes gestellt werden wird, und zwar mit der ganz plausiblen Begründung, daß dieses Gesetz doch völlig hinfällig geworden wäre, nachdem die Socialdemokraten in der Regierung und den Conservativen ihre besten Freunde gefunden und bei den Wahlen der entschiedensten Unterstützung derselben sich zu erfreuen gehabt haben. Der Antrag ist freilich aussichtslos, schon im Hinblick auf die erst im Frühjahr 1880 erfolgte Verlängerung des Socialistengesetzes. Aber welchen Eindruck wird und muß es in der Arbeiterbevölkerung machen, wenn es sich zeigt, daß die Socialdemokratie wirklich nur als Sturmbock gegen den verhaßten Liberalismus gemißbraucht und nach gethaner Arbeit gleichgiltig bei Seite geworfen worden ist.

Ueber das Ergebniß der Stichwahlen in Berlin wird uns von dort noch vom Sonntag geschrieben: „Mit genauer Noth — im 4. Wahlkreise handelte es sich nur um 50 Stimmen — sind bei den Berliner Stichwahlen die Candidaten der Fortschrittspartei durchgedrungen. Während die Socialdemokraten zusammen über 12,000 Stimmen gewannen, gingen die fortschrittlichen Stimmen gestern gegen die am 27. October abgegebenen um 1500 zurück. Dieser Rückgang läßt sich auf doppelte Weise erklären. Das Wahrscheinlichste ist, daß nach dem Ausfall der ersten Wahlen und der bestimmten Erklärung der sog. Conservativen, sich der Abstimmung enthalten zu wollen, die Ueberzeugung von dem Siege der fortschrittlichen Candidaten sich überall befestigt hatte und man auf liberaler Seite keiner besonderen Kraftanstrengung mehr zu bedürfen glaubte. Dann wären also die 1500 fehlenden Wähler aus reiner Lässigkeit zu Hause geblieben. Die geringen Mehrheiten, mit denen Bebel und Hasenclever geschlagen sind, zeigen, wie sich diese Lässigkeit furchtbar hätte rächen können. Es ist aber auch noch ein Anderes möglich. Viele Socialdemokraten verzweifelten am 27. October an dem Siege ihrer Sache, sie waren vielleicht nicht einmal ganz sicher, welcher Candidat der richtige wäre, da für keinen öffentlich agitirt werden konnte. Um nun nicht einen Freund des Socialistengesetzes durchkommen zu lassen, gaben sie ihre Stimmen für Kletz und Träger ab. Die Nothwendigkeit der Stichwahl zeigte ihnen, daß ein socialdemokratischer Ersatz nicht außer der Berechnung liege, und nun stimmten sie wieder für ihre Parteigenossen. Damit ist indessen die große Zunahme der socialdemokratischen Stimmen nur zum zehnten Theile erklärt. Wenn man nun auch annehmen will, daß für den gestrigen Tag einige Tausend Arbeiter mobil gemacht worden sind, die am 27. October gar nicht gewählt hatten, so kommt man doch nicht um die Gewißheit herum, daß die Stöcker'sche Partei mindestens 6000 Stimmen für Bebel und Hasenclever geliefert hat. Stöcker hatte zwar seinen Anhängern gepredigt: „Ihr dürft nicht für die socialdemokratischen Candidaten stimmen", indeß hatte er immer ein „Aber" hinzugefügt: „Es ist verzeihlich und entschuldbar, wenn ihr es thut, um nur den Hauptfeind, den wir bekämpfen, zu schädigen." In der That sind zwischen den